CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland - Lorraine - Luxembourg - Rheinland-Pfalz - Wallonie - Communauté Française de Belgique - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens
23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Kommission 6 „Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste“
Roland Theis, MdL
Vorsitzender

Empfehlung

Für mehr Sicherheit in der Großregion

Bei einer repräsentativen Umfrage des Forums Europa nach den wichtigsten Zielen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nannte die Bevölkerung der Großregion mit weitem Abstand die Kriminalitätsbekämpfung als das wichtigste Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Erst danach folgen die Ziele „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, „wirtschaftliche Entwicklung“, „Verbesserung der Gesundheitsversorgung“ und „Förderung der Sprachkenntnisse“.
Die Politik, sowohl die Parlamentarier als auch die Exekutiven der Großregion, ist daher gefordert, Antworten auf diese Herausforderung zu geben. Deshalb es ist unabdingbar, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten, um die vor den Grenzen nicht haltmachende – im Gegenteil: die Grenzen ausnutzende – Kriminalität wirksam zu bekämpfen.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommission für Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste des **Interregionalen Parlamentarier-Rates** in ihrer Sitzung am 28. November 2013 bei der Präfektur in Metz mit Polizeien aus allen Teilen der Großregion eine Bestandsanalyse über die derzeitige Lage der Inneren Sicherheit und deren Entwicklung in der Großregion durchgeführt.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** erkennt die dabei aufgezeigten bisherigen Anstrengungen der Exekutiven der Großregion an und unterstützt diese in vollem Umfang: Bi- und internationale Polizeistreifen bei Festen, Weihnachtsmärkten und Großveranstaltungen in der Großregion, die Verbesserung des Informationsaustauschs, gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen und Hospitationen, die Bildung gemischter Arbeitsgruppen zu speziellen Kriminalitätsthemen, regelmäßige Zusammenkünfte auf unterschiedlichen Führungsebenen und nicht zuletzt gemeinsame Übungen zu bestimmten Gefahrenlagen verbessern in bedeutender Weise die gemeinsame grenzüberschreitende polizeiliche Strafverfolgung.

Offensichtlich sind jedoch weitere und intensivere Maßnahmen sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen notwendig, konnte doch in allen Teilen der Großregion in den letzten Jahren eine Zunahme der Banden- und Einbruchskriminalität festgestellt werden.
Ziel des **Interregionalen Parlamentarier-Rates** ist es, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dadurch zu erhöhen, dass wir unsere Polizei rechtlich, technisch und organisatorisch in der grenzüberschreitenden Arbeit so aufstellen, dass sie den wachsenden Herausforderungen offensiv begegnen kann.

Fünf konkrete Schwachstellen bei der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit hat die vorgenommene Bestandsanalyse aufgezeigt:

1) Die Zusammenarbeit der hiesigen Polizeien mit den Polizeibehörden in den Ursprungsländern der Täter sollte weiter ausgebaut und verbessert werden, um be-

reits präventiv wirken oder zumindest repressiv etwa auf das Vermögen der Täter in den Ursprungsländern zugreifen zu können.

2) Auf Grund uneinheitlicher nationaler Regelungen beim Barzahlungsverbot wird bei einem Verkauf von Diebesgut die Rückverfolgbarkeit von Transaktionen und somit die Ermittlung des Täters erschwert.

3) Durch eine bisher nicht vorhandene Verbindung von stationären Radargeräten mit automatischen Kennzeichenlesesystemen könnten die Bewegungen verdächtiger Personen zeitnäher nachvollzogen und an die ermittelnden Behörden weitergeleitet werden.

4) Der momentan noch nicht geregelte grenzüberschreitende Hubschraubereinsatz auf fremdem Hoheitsgebiet verhindert derzeit spontane Hilfeleistungen auf Anfrage des Nachbarn.

5) Bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität stellt insbesondere eine unterschiedliche Rechtslage hinsichtlich der Legalität von Drogenkonsum ein Hindernis dar.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** appelliert an den Gipfel der Großregion und die Exekutiven, einen Fahrplan für Initiativen zur Beseitigung der Hindernisse sowie zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere auf den jeweiligen nationalen Ebenen zu erarbeiten und anzugehen.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** erneuert zudem seine am 21. Juni 2013 in Trier einstimmig gefasste Empfehlung betreffend den „Aufbau einer gemeinsamen quattronationalen Sicherheitsarchitektur für die Großregion“.
Ziel muss es sein, die bestehenden bi- und multilateralen Kontakte in einer institutionalisierten Zusammenarbeit auszubauen. Hierbei ist die vom **Interregionalen Parlamentarier-Rat** seit langem geforderte 24-Stunden-Öffnung des Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg an 7 Tagen der Woche von zentraler Bedeutung.

Auch die justizielle Zusammenarbeit in der Großregion gestaltet sich nach wie vor schwierig. Sie hinkt der polizeilichen Zusammenarbeit weit hinterher. Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** fordert daher neben dem weiteren Ausbau der Polizeizusammenarbeit auch eine stärkere und schnellere grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaften und Gerichte.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** richtet diese Empfehlung an:

- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der wallonischen Region,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes,
- den Präfekten der Region Lorraine,
- den Conseil Régional de Lorraine

und darüber hinaus an

- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Königreichs Belgien.

Trier, 16. Mai 2014